

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 15 Pfennig.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend
Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuborger Straße 101.
Telefon: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Illust. Zeitung“ — „Spand. Roman-
Zeitung“ — „Die Frau und ihr Welt“ — „Der Kleinfiedler“
Reise u. Berkehr, 14 tgl.: „Die bunte Geschichte“, „Film“.

Anzeigenpreise: Die tägliche Kolon-
nalfolge über deren Raum 30 Pf., die drei-
tägige 1,20 RM. — Anzeigen für
bedingt Sonderaufschlag. — Beilagen-
gebühr 20 Pf. für das Laufend. Offerten-
gebühr 30 Pf. — Keine Gewähr für
Erfolg bei gerichtlichem Ein-
spruch oder Stellen. — Etwasiger Preis-
nachlass erlischt bei gerichtlicher Ein-
ziehung und Konkurs. — Gerichtsstand
Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank,
Depositen-Kasse Spandau; Spandauer
Bank, Spandau. — Postk. & C. K.
Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Bezugspreis: Wöchentlich 36 Pf.
und 4 Pfennig für Postlohn. Wenn
Bezüge durch die Postanstalten für den
Monat 1,20 RM. ausbleiben, wird
im Falle von Betriebsstörung, Straß-
oder Aufsperrung hat der Bezugsnehmer
Anspruch auf Nachlieferung oder Rück-
erstattung des Bezugspreises. — Druck
u. Verlag: Stüchardt & Co., Spandau.
Verantwortl. Schriftleiter: für Politik
Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf,
für Lokales und den übrigen Teil
Georg Eichenbach, für Anzeigen
Bruno S. Kahn, beide Spandau.

Nummer 24.*

Sonnabend, 28. Januar 1933.

40. Jahrgang.

Kabinett v. Schleicher zurückgetreten.

Sondierungsauftrag von Reichskanzler a. D. v. Papen.

Gefahr für die Weltwirtschaftskonferenz.

Mag es in der inneren Politik auch drunter und drüber gehen, mögen uns die Sorgen im eigenen Hause auf den Fingern brennen, ab und zu muß der Blick doch über die Grenzpfähle schauen. Draußen stehen die Dinge nicht still. Überall treiben Entwicklungen vorwärts, an denen wir beteiligt sind und von denen sich mitunter auch innenpolitische Rückschlüsse ziehen lassen.

Bei den Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz hat sich Deutschland in Genf an die Seite von England und Amerika gestellt, die auf eine Ausweitung des Programmes und auf großzügige Lösungen gedrängt haben. Wenn sich in dieser Weise Deutschland in die vordere Reihe des Kampfes gegen die Zersplitterung der Weltwirtschaft stellt, so liegt darin schon — innenpolitisch gesehen — eine Ablehnung aller Autarkiepläne. Wenn wir uns in dieser Weise an einer Neuordnung und Ausweitung der zwischenstaatlichen Austauschbeziehungen beteiligen, so müssen wir auch sorgsam die Vorgänge beobachten, aus denen Gefahren für die geplante Weltwirtschaftskonferenz erwachsen können.

Man hat darauf verzichtet, einen Zeitpunkt für den Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz festzulegen. Es liegt noch ein schwerer Stein im Wege. Er wird jetzt besonders beleuchtet in dem Duell zwischen England und Amerika, in dem es um den Goldstandard der Währung auf der einen und um die Schulden auf der anderen Seite geht. Man kann sich der amerikanischen Auffassung nicht gut entschließen, daß jede Vereinbarung, nach der der internationale Austauschverkehr in ein neues Gleichgewicht gebracht werden soll, ihren Sinn verliert, wenn sie nicht auf der Grundlage fester Währungen errichtet ist. Die feste Währung in allen beteiligten Ländern gibt überhaupt erst Sicherheit der Kalkulation. Jede Inflation, jede Entwertung der Goldeneinheit wirft das Zollsystem in anderen Ländern über den Haufen. Es verbilligt die Umsatze mit anderen Umständen in einem solchen Maße, daß sie mühelos die Zollschranken zu überspringen vermögen, die auf normaler rechnerischer Grundlage errichtet, die Einfuhr regeln können.

Darum wird zwischen England und Amerika jetzt gekämpft, daß die Währungsfrage an die Spitze der Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz gestellt werden soll, und zwar wird von England das Zugeständnis verlangt, daß es seine Währung festlegt und zum Goldstandard überführt werde. Die Vereinigten Staaten haben zwei herrschende Wünsche an der Hand, um England ihren Wünschen geneigter zu machen. Sie liegen in der amerikanischen Zollpolitik und in der Schuldenfrage. Den amerikanischen Hinweis auf die wachsende Einfuhr aus den Ländern mit entwerteter Währung hat man in England richtig als eine verschleierte Drohung gegen England gedeutet. Es liegt in ihm der Hinweis auf die Möglichkeit eines neuen Zollkrieges, auf die Erhöhung der amerikanischen Zölle gegen die Einfuhr aus England. Deutlicher noch ist der Präsident Hoover geworden, als er vor der amerikanischen Presse zu den letzten Erklärungen des englischen Schatzkanzlers Neville Chamberlain Stellung nahm. Er hat ganz klar den heutigen Zustand der Währungen als ein Haupthindernis für eine endgültige Regelung der Schuldenfrage bezeichnet. Mit anderen Worten: solange England nicht zum Goldstandard zurückkehrt, wollen die Amerikaner von ihren Forderungen nichts ablassen. Daß der Punkt, wo Deutschland in besonderem Maße beteiligt ist, die Vereinbarungen von Lausanne sind, bestanden von England und Frankreich in Zusammenhang gebracht worden mit der endgültigen Regelung der Schuldenfrage. Deutschland wird zwar niemals anerkennen, daß es Leistungen über die in Lausanne gesteckten Grenzen hinaus aufbringen könne, aber ein Gefühl der Unsicherheit lastet doch auf unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik. Lange der gewaltige Schuldenblock nicht ganz aus dem Auge geräumt ist, auf dem wir von der Zersplitterung der Weltwirtschaft wegstreben. In England sträubt man sich mit Händen und Füßen gegen die Rückkehr zum Goldstandard. Den amerikanischen Drohungen setzt man noch stärkere Drohungen entgegen. Ein neuer Zollkrieg würde, sagt die englische Presse, England zu einer Zahlungsverweigerung zwingen. Dann würden die Amerikaner auf beides verzichten müssen, auf den Goldstandard des Landes ebenso wie auf die Bezahlung der Schulden. Die Verhandlungen für die Weltwirtschaftskonferenz stehen nicht unter einem günstigen Stern.

Berlin, 28. Januar. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler von Schleicher dem Reichspräsidenten bei dem heutigen Empfang den Gesamttritt der Reichsregierung angeboten. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen und das Kabinett mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Heute mittag berief Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler a. D. von Papen und beauftragte ihn, durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen.

Der Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten fand heute mittag um 12.15 Uhr statt. Vorher wurde eine Sitzung des Gesamtkabinetts abgehalten. Reichskanzler von Schleicher hat auf Grund des gestrigen Ergebnisses der Kabinettsratung dem Reichspräsidenten über die politische Lage Vortrag gehalten und bei dieser Gelegenheit die Frage nach der Vollmacht für eine etwa notwendig werdende Auflösung des Reichstages gestellt. Der Reichskanzler hat die Auflösungs Vollmacht mit der Absicht gefordert, verfassungsgemäß Neuwahlen auszusprechen. Nach übereinstimmenden Informationen verschiedener Kreise mußte damit gerechnet werden, daß der Reichspräsident dem Reichskanzler die Vollmacht nicht erteilt. Es war heute morgen noch offen, ob v. Hindenburg die Erteilung der Vollmacht strikt ablehnen oder ihm nahelegen wird, zunächst einmal die Tagung des Reichstages und die Abstimmung abzuwarten. In beiden Fällen schien Reichskanzler von Schleicher entschlossen zu sein, den Gesamttritt des Kabinetts einzureichen. Der Reichspräsident dürfte aber das Ersuchen, noch bis zur Entscheidung im Parlament im Amt zu bleiben, an den Reichskanzler nur darum gerichtet haben, weil bis Mittag keine Klarheit über die nachfolgende Regierung gewonnen ist. Schleicher will aber auf sofortigen Rücktritt bestehen. Selbstverständlich bleibt das Kabinett als geschäftsführendes Ministerium bis zur Bildung der neuen Regierung im Amt. Ob sich aber die geschäfts-

führende Tätigkeit wieder solange ausdehnt, wie im November, ist sehr fraglich. Viel wahrscheinlicher ist, daß sich die Dinge diesmal sehr rasch entwickeln. Zunächst werde der Versuch fortgesetzt, eine Regierung der Harzburger Front zu bilden, wobei auf die Isolierung durch das Zentrum gerechnet werde. Theoretisch bliebe auch natürlich die Möglichkeit einer regelrechten Parlamentarismehrheitsregierung; aber die Verhandlungen im November haben leider gezeigt, daß diese Möglichkeit heute nur in der Theorie besteht, und man wird daher jetzt nicht mehr viel Zeit daran verschwenden. Hitler hat sofort nach seiner Ankunft in Berlin die Verhandlungen mit den Deutschnationalen aufgenommen. Die Besprechungen fanden im Palais des Reichstagspräsidenten Göring statt. Im Mittelpunkt stand der deutschnationalen Führer Hugenberg.

Die Nationalsozialisten verlangten, daß Hitler mit dem Kanzleramt betraut wird, daß von ihnen das Reichsinnenministerium, und das Reichskommissariat für Preußen befehligt wird. In später Nachtstunde verlaute in Kreisen des Parlaments, daß Adolf Hitler unter Umständen bereit sein würde, in einem Kabinett Dr. Schacht sich mit dem Posten des Reichswehrministers zufriedenzugeben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt diese Meldung mit Vorbehalt wieder und meint, Hitler schätze von der Ueberlegung auszugehen, daß die Waffengewalt über die Armeemehrheit die Möglichkeit verschaffen werde, in kurzer Zeit dieses Kabinett zu beseitigen und dann doch an die Spitze der Reichsregierung zu treten. In einer solchen Kombination würde der nationalsozialistische Führer aber auch das Ministerium des Innern und damit die Herrschaft über Preußen und die preussische Polizei beanspruchen, ebenso für seine Partei das Reichsverkehrsministerium in Anspruch nehmen, das mit der Reichsbahn zusammen in der Tat durch Beamtenkörper und wirtschaftliche wie politische Wichtigkeit einen sehr erheblichen Machtfaktor darstellt. Das Blatt meint, der Reichspräsident würde dazu wohl kaum seine Zustimmung geben, außerdem würde auch Dr. Schacht wohl nicht geneigt sein, eine Rolle zu übernehmen, die ihn in kurzer Zeit politisch vollständig verbrauchen würde.

Paul-Boncour gestürzt.

Paris, 28. Januar. Die Regierung Paul-Boncour ist heute früh in der Kammer bei Beratung des Regierungsantrages, die direkten Steuern um 5 vom Hundert zu erhöhen, mit 390 gegen 193 Stimmen gestürzt worden.

Dieses Abstimmungsergebnis wurde dadurch herbeigeführt, daß die Sozialisten sich weigerten, bei dem Regierungsantrag mit den Radikalen und Sozialrepublikanern zu gehen.

Schneller als es bei der Kompromißneigung der Regierung und der Sozialisten in den letzten Tagen den Anschein hatte, ist das Zwischenpiel des „Kabinetts Herriot ohne Herriot“, das den beliebtesten Adolanten und erfolgreichsten Konjunkturpolitiker Paul-Boncour an das Ziel seiner Wünsche geführt hatte, beendet worden. Ebenso wie Herriot in den Morgenstunden des 14. Dezember anlässlich der Schuldenfrage, wurde Paul-Boncour heute nacht bei der Haushaltsberatung von derjenigen Fraktion gestürzt, ohne die eine Linksregierung im Sinne der Maiwahlen unmöglich ist, den Sozialisten, die in Frankreich grundsätzlich eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnen, aber einem linksgerichteten Kabinett ihre mehr oder weniger weitgehende parlamentarische Unterstützung gewähren. An dieser Einstellung der Sozialisten sind die Versuche einer dauerhaften Regierung des Kartells der Linken seit 1924 immer wieder gescheitert. Unter Paul-Boncour wurde der Auflösungsprozess durch die akuten Finanzschwierigkeiten beschleunigt. Die stückweise bekanntgegebenen Pläne des Finanzministers Chéron für den Ausgleich des Haushalts führten schon zu Beginn der neuen Parlamentstagung zu einer wachsenden Verneinung der Sozialisten. Die im Beisein des Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen zwischen Chéron und den Beamtengewerkschaften über die angeforderte Kürzung der Beamteneinkünfte verliefen ergebnislos. Gleichzeitig muß sich die Regierung von der sozialistischen Presse vorhalten lassen, daß die Haltung des französischen Regierungsvorstellers auf der Genfer Arbeitszeitkonferenz nicht zu den gewerkschaftsfreundlichen Gedankengängen passe, die

Paul-Boncour in einer dreißigjährigen politischen Laufbahn vertreten und bei seiner Regierungsübernahme ausdrücklich zum Programm erhoben habe. Diese Auseinandersetzungen mit den Sozialisten konnten aber gleichwohl die Regierung in den Augen der Rechten nicht von dem Vorwurf der Bevormundung durch die Gewerkschaften befreien und ihr auch dort für ihre sehr unbeliebten Sparmaßnahmen keine Ertragsmehrheit sichern. Die sich verschärfenden Finanzschwierigkeiten und der Machtkampf um die Eingliederung der Sozialisten in den Staat werden jedenfalls die politische Entwicklung Frankreichs in den nächsten Monaten beherrschen und zu einer immer größeren Entfremdung zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Bestandteilen der Linksmehrheit vom 1. Mai führen. Der Gedanke einer bürgerlichen Konzentration, für deren Führung genug Anwärter vorhanden sind, gewinnt unter diesen Umständen wieder an Boden.

Eröffnung der „Grünen Sport- und Tierzuchtwoche“.

Berlin, 28. Januar. Die „Grüne Sport- und Tierzuchtwoche Berlin 1933“ wurde heute vormittag eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Sahm sagte in seiner Begrüßungsrede, daß die Grüne Sport- und Tierzuchtwoche die traditionelle Fortsetzung der „Grünen Woche“ sei. Die diesjährige Ausstellung unterscheidet sich von ihren Vorgängerinnen dadurch, daß die speziellen land- und forstwirtschaftlichen Darstellungen fortgelassen worden seien. Dafür seien aber die großen Tiergärten um so stärker ausgebaut, und das Internationale Reit- und Fahrturnier weise eine Besetzung wie nie zuvor auf. Oberbürgermeister Dr. Sahm gab dann einen Überblick über das Ausstellungsprogramm der Reichshauptstadt für das Jahr 1933. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Fehr, von Braun, bemerkte in der Eröffnungsansprache, schon ein kurzer Überblick über die Ausstellung zeige, daß in diesem Jahre vor allen Dingen der Kleingärtner, Kleinfiedler und der tierliebende Städter Interesse an der Ausstellung finden werden. Es sei kein Zufall, daß diese Gebiete der Grünen Sport- und Tierzuchtwoche jetzt Beachtung in der Bevölkerung fänden.